

Im „Restrisiko“ für Hameln schwere Gefährdung bescheinigt Was sagt das von der Stadt bestellte AKW-Gutachten aus?

hfm HAMELN. Am 25. Juni wird sich der Verwaltungsausschuß mit einer von der Stadt Hameln angeforderten Studie „Auswirkungen mittlerer und großer Unfälle im AKW-Grohnde auf die Bevölkerung und das Gebiet der Stadt Hameln“ befassen. Der zuständige Dezernent hatte das „Institut für Energie und Umweltforschung Heidelberg e.V.“ (IFEU) damit beauftragt, denn die Stadt Hameln braucht Argumente und Gutachten in ihrer in Lüneburg anhängigen Klage gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Grohnde. Auf die Frage, was die Bevölkerung Hamelns erwartet, wenn sich im Kraftwerk Grohnde ein schwerer Unfall ereignen sollte, kommen die Wissenschaftler aus Heidelberg, die die Studie verfaßt haben, zu dem Ergebnis, daß bei ungünstigen Wetterbedingungen (Windrichtung auf das Stadtgebiet) Hameln von einer tödlichen Strahlendosis getroffen werden kann und daß mit 6000 Strahlentoten zu rechnen sei.

In der Studie wird darauf hingewiesen, daß man beim Risiko auch die kleinste Wahrscheinlichkeit berechnen müsse. Von der Technik und der „Sicherheitsphilosophie“ werde andererseits betont, daß der schwerste Reaktorunfall nur einmal in zwei Milliarden Jahren eintreten könne. In der recht beschwörend gehaltenen Einleitung der „Studien-Kurzfassung“ wird von den Verfassern daraufhin gefragt: „Wer sagt, daß es nicht schon morgen ist?“

Angenommen, eine radioaktive Wolke bestimmter Größe entweicht aus dem Re-

aktorgebäude, so heißt es in der Studie, dann wird sie unter bestimmten Umständen und Wetterbedingungen das Stadtzentrum meist innerhalb weniger als einer Stunde erreichen. Die Wissenschaftler haben einmal die Strahlenbelastungen kurzfristig nach einem Unfall, zum anderen die Folgen aus einer langfristigen Verseuchung des Stadtgebietes untersucht.

Sie kommen zu dem Schluß, daß als Folge eines solchen Unfalls wegen der Strahlenbelastungen eine Evakuierung Hamelns unumgänglich werden könnte.

Die Auswirkungen auf den menschlichen Körper werden errechnet und auf die Anreicherung schädlicher Substanz in Pflanzen und Nahrungsmitteln wird hingewiesen. Zu der bereits genannten Zahl von möglichen 6000 Strahlentoten kommen „Personen, die erst nach einer Latenzzeit von mehreren Jahren bis Jahrzehnten an Krebs, Leukämie und ähnlichem erkranken“.

Die Langzeitfolgen einer radioaktiven Verseuchung speziell landwirtschaftlich

Dividende und mehr

Bankbeteiligung

Volksbank
Hameln eG

genutzter Flächen wird – ebenfalls unter Annahme der ungünstigen Umstände – beschrieben. Folge: Hameln könnte für viele Jahrzehnte nicht mehr besiedelt werden.

Was will die Stadt Hameln vor ihren Bürgern verheimlichen?

Am 28. November 1979 wurde das IFEU – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V. – von der Stadt Hameln mit der Erstellung einer Studie über die Folgen mittlerer und großer Unfälle im AKW-Grohnde für die Bevölkerung und das Stadtgebiet von Hameln beauftragt. Seit Januar 1980 liegt der Stadt Hameln das Gutachten vor. Dem Heidelberger Institut wurde die Veröffentlichung des Gutachtens von der Stadt Hameln untersagt. Vermutlich ist den Politikern der Stadt Hameln das Ergebnis der Studie zu brisant: »Unter Berücksichtigung der Schwankungsbreite der in die Berechnung eingehenden Parameter ergibt sich, daß bei Windrichtung Grohnde – Hameln während eines Unfalls in allen Wetterlagen akut tödliche Strahlenbelastungen möglich sind.

Langfristig können auch mittlere Unfälle noch nach 100 Jahren Strahlenbelastungen verursachen, die eine Nutzung der verseuchten Gebiete ausschließen.« So die einleitende Zusammenfassung dieser Studie.

Diese Studie wurde der Wählergemeinschaft »Atomkraft-Nein Danke« (WGA) von AKW-Gegnern zugespielt, wofür wir hier an dieser Stelle danken möchten. Die WGA hält es für ihre Pflicht, diese Studie trotz möglicher juristischer Konsequenzen uneingeschränkt und in vollem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, weil wir glauben, daß es das Recht der Hamelner Bevölkerung ist, ihre Gefährdung durch das AKW-Grohnde selbst zu beurteilen und selbst zu entscheiden, ob sie bereit ist, dieses Risiko in Kauf zu nehmen und den Bau des AKW-Grohnde weiter widerstandslos hinzunehmen.

Wir fordern an dieser Stelle die Politiker Hamelns dringend auf, sich den kritischen Fragen der besorgten Hamelner Bevölkerung in aller Öffentlichkeit und Offenheit zu stellen und die Bevölkerung nicht weiterhin im Ungewissen zu lassen.

Diese Studie wurde zwar speziell zur Untersuchung der Gefährdung der Hamelner Bevölkerung durch das AKW-Grohnde erstellt, wir aber glauben, daß die Ergebnisse der Studie auch auf die Standorte anderer Atomkraftwerke übertragbar wären.

Deshalb machen wir diese Studie allen interessierten Bürgern in der Bundesrepublik zugänglich. Sie ist zu beziehen über die Buchläden im Raum Hannover-Hamel oder über die Wählergemeinschaft »Atomkraft-Nein Danke« (WGA) gegen Vorausüberweisung des entsprechenden Betrages. Die Überweisung gilt als Bestellung bei Vollständigkeit des Absenders und bei Richtigkeit des überwiesenen Betrages.

Überweisungen bitte an: [redacted] Stadtparkasse Hameln (BLZ 254 500 01),
[redacted] Stichwort »Studie«.

Bezugspreise der Studie (74 Seiten DIN A4):

- 1 Expl.: 5,- DM + 0,50 DM Porto.
- 2–5 Expl.: 4,50 DM pro Stück + 1,40 DM Porto.
- 6–10 Expl.: 4,- DM pro Stück + 2,30 DM Porto.
- Alle weiteren 10 Exemplare kosten 42,30 DM.

Bestellungen und Anfragen an: WGA, [redacted] 3250 Hameln,
Tel.: [redacted]

Propaganda mit dem Gefahrengutachten

Von Heinzfriedrich Müller

Die von der Stadt Hameln angeforderte Studie über mögliche Auswirkungen eines Reaktorunfalls in Grohnde auf Hameln lag der Zeitung längst vor, als die Stadt bat, davon nichts zu veröffentlichen, weil „das Verfahren noch schwebt“. Selbst den Hinweis der Redaktion, daß die stark tendenziös eingeleitete Studie uns direkt und offiziell übersandt worden sei, ursprünglich sogar mit dem Hinweis, das Einverständnis für eine Veröffentlichung liege vor, wollte die Stadt nicht gelten lassen. Sie veranlaßte das Heidelberger Institut zu einem Brief an die Redaktion, in dem die ursprünglich gegebene Veröffentlichungsgenehmigung als Irrtum bezeichnet wurde.

Loyalerweise hielt sich die Redaktion an eine Verabredung, daß die Studie erst dem Verwaltungsausschuß vorgelegen haben sollte und daß danach ein Interview mit der Dewezet stattfinden könne. Aber schon zwei Tage später wurde die Reaktion von den „Bürgerinitiativen im Weserbergland“ (Anita Wahrmond) schriftlich eingeladen, an einer Podiumsdiskussion ausgerechnet über diese Studie teilzunehmen. In dem Brief heißt es wörtlich: „Nun wurde uns gesagt, daß diese Unfallstudie, die mit vielen Arbeitsstunden verbunden ist, nicht veröffentlicht werden darf.“

Also befindet sich die Studie gar nicht allein nur im Besitz der Stadt? Da scheint es ja informelle Querverbindungen zu geben, die die Stadt zu der Frage veranlassen müßten, ob sie nun noch für eine solche als Propagandaschrift verbreitete Studie einen roten Heller herausrücken muß! Drittens drängt sich der Eindruck förmlich auf, daß eine Studie vor Gericht kaum noch als objektives Gutachten gewertet werden dürfte, wenn sie schon vorher von politisch eingefärbten Bürgerinitiativen einseitig kolportiert wird.

Doch nicht genug: Auch diese Umstände sah die Stadt Hameln noch nicht

als ausreichend dafür an, der Dewezet die Veröffentlichung freizugeben. Erst als jetzt ein Bündel von Bürgerinitiativen, darunter auch die Wahlkampfgruppe „Freiheit statt Strauß“, zu einer öffentlichen Veranstaltung in der „Sumptblume“ (am 24. Juni) aufrief, in der neben „Augenzeugenberichten“ über die Räumung der „Freien Republik Wendland“ (Gorleben-Bohrstelle) auch „Ein wichtiges Dokument der Öffentlichkeit übergeben soll, daß die Gefährdung der Hamelner Bevölkerung durch das Atomkraftwerk Grohnde betrifft“, gab die Stadt ihre Zurückhaltung auf.

Ganz abgesehen davon, daß die Aussage der Risikostudie kaum etwas Neues bringt und die Wahrscheinlichkeit einer Atombombenexplosion aufgrund kriegerischer Verwicklungen wohl noch größer sein dürfte als ein Schaden in einem deutschen Kernkraftwerk, – was soll die öffentliche Propaganda mit der Studie eigentlich bezwecken? Von der Stadt bezahlte Wahlpropaganda vielleicht, um die Reihen bestimmter Gruppierungen der Atomkraftgegner zu stärken? Hamelns Klage ist ja wohl nicht unbedingt als politisches Votum gegen die friedliche Kernkraftnutzung generell beschlossen worden, sondern vor allem gegen den Standort gerichtet.

Bliebe der Verdacht, daß wieder einmal mit der Angst Propaganda gemacht wird. Denn die angekündigte Veranstaltung reiht sich verdächtig an Kampagnen, in denen „Veröffentlichung von Katastrophenplänen“ gefordert wurde. Zwar weiß jeder verantwortlich Denkende, daß die Veröffentlichung (zum Beispiel der verschiedenen Sirenen-Signale) nichts nützt, weil sich niemand Einzelheiten zu merken instande ist und im Ernstfall doch durch Lautsprecher-Aussagen für sein Verhalten angewiesen werden muß, – aber „Forderungen“ klingen wohl immer gut.